

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Ewers,

werte Kolleginnen und Kollegen,

alle Jahre wieder warten wir gespannt auf die ersten Zahlen und den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr.

Alle Jahre wieder bekommen wir ein Jahresdefizit bescheinigt. In diesem Jahr sind es nach ersten Nachbesserungen, welche im HFA bekannt gegeben wurden, noch ca. 2,3 Millionen Euro. Erschreckend, dass wir von seitens der SPD-Fraktion angesichts des prognostizierten Defizits ruhig bleiben. Warum? Weil man davon ausgehen kann, dass dieses rote Negativzahl sich im Laufe des nächsten Jahres in eine schwarze Zahl, sehr wahrscheinlich noch mit einem Plus davor verwandelt. Hier sei in bemerkenswerter Weise, die voraussichtliche Verbesserung des Jahresabschlusses 2017 in Höhe von über zuvor geschätzten fast 6 Millionen Euro Minus zu einer schwarzen Null erwähnt! Hier sei der Überschuss von 2016 in Höhe von mehr als 14,7 Millionen Euro genannt oder der Überschuss in 2015 in Höhe von 8,3 Millionen. Es ist schon erstaunlich, dass die Kommunen dem Kreiskämmerer immer vorwerfen, er würde zu negativ rechnen und am Ende würde der Kreis immer mit einem besseren Ergebnis abschneiden, wo die Kommunen selbst, auch wir immer selbst auf die Schwarzmalerei-Pedale im Fachjargon „Vorsichtige Annahme“ drücken, um am Ende

zu verkündigen, dass wir mal wieder besser als erwartet abgeschnitten haben.

29 Millionen Euro Gewerbesteuerereinnahmen! Da kommen andere Kommunen vom Glauben ab, wenn sie von solchen Zahlen hören und was machen wir? Wir diskutieren ernsthaft darüber ob man zur Entspannung der Parksituation im Industriegebiet wirklich weitere Parkflächen umwandeln soll? Schön, dass im Rahmen der Verkehrsschaukommission im November nun doch der Weg für eine Umwandlung frei gemacht werden soll! Auch eine mögliche zweite Zufahrtswegung zum Industriegebiet ist weiter kein Thema, was vorangetrieben wird obgleich das Industriegebiet weiter wächst, die Anzahl der Beschäftigten stetig zunimmt und damit auch der Verkehrsfluss, welcher exakt eine Straße passiert. Unser damaliger Antrag hierzu scheiterte mit einem kurz und knappen: Geht nicht! Versuche von Lösungsoptionen? Fehlanzeige! Im Zuge einer neu angedachten Gewerbefläche wird dieses Thema jedoch wieder brisant und vor allem wichtig werden! Ein weiteres Augen zu und durch ist daher keine zukunftssträchtige Option.

„Investitionen in Millionenhöhe“ so titelte unlängst die Siegener Zeitung über Burbach. Eine Schlagzeile, die auf den ersten Blick Eindruck erweckt – Eindruck erweckt, die Gemeinde würde viel für ihre Bürger investieren. Erst auf den zweiten Blick erkennt man, dass viele darunter auch wichtige Maßnahmen zwar im Haushalt eingestellt sind, es jedoch nicht auf die tatsächliche Prioritätenliste zur Umsetzung

schaffen. So steht am Ende der diesjährigen Hochbauliste ein Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von derzeit rund 9 Millionen Euro. Doch wer glaubt, dieser Betrag würde in 2019 umgesetzt werden, der irrt. Papier ist geduldig und so ist es leider normal, dass Maßnahmen ergänzt oder als dringlich mit einem Kreuz versehen werden, um dann doch mangels Umsetzung, zum Teil über Jahre geschoben und munter immer wieder für das neue Haushaltsjahr angesetzt werden. Man BEACHTET selbstverständlich werden all diese Maßnahmen auch immer wieder, teils seit 1999 mit verabschiedet!! Die Gemeinde lässt sich für manch eine geplante Maßnahme und Investition feiern, welche gar nicht umgesetzt wird. Wir dürfen also gespannt sein, wieviel der aufgeführten Maßnahmen wir in 2020 wiedersehen. „The same procedure as every year“.

Trotz allem bleibt festzuhalten, dass wir viel Vorhaben in Burbach für das Jahr 2019. Da sei der Anbau im Schulzentrum erwähnt, der unseren hohen Standard als Sekundarschule sicherstellen wird, es sei der Umbau und Ausbau des Museums Alte Vogtei erwähnt, das ohne Zweifel eine Bereicherung für unsere Bürgerinnen und Bürger sein wird. Der Neubau des Gilsbacher Feuerwehrgerätehauses, der wichtig und zwingend notwendig ist. Auch dem Geisterhaus alias Römerpassage möchte man neues Leben einhauchen und wird sich hierzu externe Fachexpertise einholen, um sich mit neuen und frischen Ideen ein mögliches Konzept vorstellen zu lassen. Das Ergebnis wird dann zu einem anderen Zeitpunkt politisch diskutiert werden müssen. Es

bleibt jedoch bereits jetzt festzuhalten, dass wir es sehr begrüßen, das man sich hier auf den Weg zu einem Konzept macht. Nicht immer selbstverständlich. Beeindruckend finden wir auch das Engagement des Heimatvereins auf der Lippe. Das Projekt „Alte Mühle“ ist ein Beweis, dass ehrenamtliches Engagement bei uns in der Gemeinde funktioniert von Anfang an und das eben auch, gerade auf der Lippe, wo man von mancher Seite immer hört, es könnte nicht gestemmt werden und das Ehrenamt müsste entlastet werden, da die Aufgaben nicht zu schaffen wären. Natürlich ist das Ehrenamt von den Köpfen abhängig und dem wirklichen Willen und Ehrgeiz etwas für sein Dorf zu tun. Von der Verwaltung erwarten wir, für alle ehrenamtlichen Projekte, welche durch die Dörfer angestoßen werden Unterstützung. Sei es im Bereich Kontaktherstellung und Beratung zu möglichen Förderstellen zwecks Fördergeldbeantragung, sei es in der Kompetenz des geschulten Auges unserer Hoch- und Tiefbauabteilung oder auch einmal in der Leihgabe von Geräten des Bauhofes. Das große Projekte, wie es auch jetzt in Würgendorf in Form des Mehrgenerationensportplatzes ansteht, nur mit den Menschen vor Ort gelingen kann ist für uns eine Selbstverständlichkeit, denn das ist aktives und gelebtes Dorfleben. In diesem Sinne auch einen großen Dank an alle Ehrenamtlichen, die für ihre Ideen einstehen und diese in der Gemeinschaft selbst aktiv vorantreiben! Es bleibt festzuhalten, dass wir in diesem Haushaltsentwurf Baumaßnahmen in Höhe von rund 14 Millionen Euro zu stemmen haben – wir hoffen inständig, dass wir unser

eigenes Personal im Baubereich hier nicht verausgaben und sehen es doch mit ein wenig Sorge. Denn nur wenn wir selbst garantieren können, dass unser eigenes Personal vor Ort in der Bauleitung- und Bauüberwachung aktiv und kontinuierlich eingebunden ist, können uns frühzeitig Fehler auffallen und eine Korrektur vorgenommen werden.

Weiterer Punkt in unserem Haushaltsentwurf:

Die Hebesätze der Grundsteuer A und B.

Auch an dieser Stelle möchte ich mich noch einmal ausdrücklich dafür bedanken, dass aufgrund der vorgetragenen Argumentation unsererseits im HFA nochmal Bewegung in den ursprünglichen Vorschlag kam. Auch wenn ich verstehen kann, dass unsere Kämmerin gerne aufrundet, so können wir nicht nachvollziehen, warum unsere Bürgerinnen und Bürger über ein Maß hinaus mehr belastet werden sollten, auch wenn es nur Minimalbeträge sind. Wir haben uns schwer getan und es gab in unserer Fraktion viele Diskussionen, wir haben uns nur aus dem Grund für eine Zustimmung durchgerungen, da es so möglich war die Erhöhung auf das Minimum zu begrenzen. Es ist klar, dass die Mehrheitsfraktion auch die zuvor von der Verwaltung angedachten Hebesätze durchgewunken hätte.

Wenn wir jetzt aber hier unsere Zustimmung zur Minimalerhöhung gegeben haben, heißt das für uns als SPD-Fraktion zugleich, das Übel an den Wurzeln zu packen. Das

Übel hierbei ist die Landesregierung, welche jedes Jahr erneut die Hebesätze aufgrund des im Landes NRW ermittelten durchschnittlichen Hebesatzes anhebt. Eine Spirale, welche sich immer weiter nach oben dreht und alle machen fleißig mit. Eben auch die Kommunen, die es aus finanziellen Gründen nicht machen müssten, es aber tun, weil sonst der Differenzbetrag aus der Kommune abfließt und nicht für Maßnahmen innerhalb der Kommune verwendet werden können.

Ich möchte hier bei allen noch einmal ganz klar vor Augen führen, dass wir uns im Dreiländereck befinden.

Nachbarländer sind Hessen und Rheinland-Pfalz. Wir stehen also in direkter Konkurrenz zu anderen Bundesländern, die Hebesätze im Bereich von 210 % bei der Grundsteuer B und ebenfalls 210 % bei der Grundsteuer A (Hessen) erheben. In Rheinland-Pfalz liegen die Hebesätze bei durchschnittlich 310 % für die Grundsteuer A und 365 %-Punkte für die Grundsteuer B. Und nicht nur das, schaut man sich die Gewerbesteuer an, so sind auch hier teils drastische Unterschiede erkennbar. Es kann nicht sein, dass wir als Gemeinde mit einer solchen Besonderheit und erhöhten Konkurrenz durch das Land NRW gezwungen werden auch unsere Hebesätze immer wieder nach oben zu korrigieren. Es ist nur eine Frage der Zeit, da liegen wir wieder unter dem Durchschnittshebesatzes des Landes bei der Grundsteuer und wahrscheinlich noch viel früher bei der Gewerbesteuer. Hier gilt es zu kämpfen wertvolle Kolleginnen und Kollegen, es muss ein besonderes Augenmerk in Düsseldorf auf unsere Situation

gelenkt werden. Gespräche unsererseits mit der IHK haben bereits stattgefunden auch auf Landesebene werden wir im Frühjahr hierfür präsent sein. Ich fordere hier jedoch alle auf, gemeinschaftlich dafür einzustehen und aktiv zu werden und sich unserer Idee und Forderung anzuschließen.

Dies gilt auch im Bereich KAG, was wir gleich noch auf der Tagesordnung haben. Es kann nicht sein, dass eine Landesregierung den Aufstand, welcher durch ganz viele Kreise und Kommunen geht systematisch ignoriert oder einfach abfertigt mit einer Lösung, welche keine ist. Im Land sprudeln die Steuereinnahmen, wie nie zuvor, allein in diesem Jahr sind es über 500 Millionen Euro und im nächsten über 400 Millionen Euro und da erscheint es nicht möglich, sich ernsthaft Gedanken über eine direkte Entlastung der Menschen vor Ort zu machen und ohne dabei zusätzlich die Gemeinden finanziell zu belasten? Ich denke wir wären schon dankbar gewesen, wenn wenigsten ein Teil der Überschüsse an die Kommunen zurückgeflossen wären, es wäre Signal gewesen, dass man die Not und die Ängste der Menschen vor Ort ernst nimmt. Es ist jetzt unsere Aufgabe den Druck weiter aufzubauen und laut zu werden in Düsseldorf um den Menschen auch hier bei uns vor Ort eine gewaltige Stimme zu geben. Sie sehen es gibt viel zu tun und es ist ein Muss sich hier an die Seite unserer Bürgerinnen und Bürger stellen! Wir begrüßen den Vorschlag der Verwaltung, Vorauszahlungsbescheide von demnächst anstehenden Straßensanierungsmaßnahmen soweit wie möglich nach

hinten zu ziehen, um Düsseldorf und etwaige Entscheidungen der Landesregierung miteinfließen zu lassen.

Wer übrigens hier im Rat immer noch die Meinung vertritt, dass Bundes- und Landespolitik hier im Rat nichts verloren haben und man sich doch bitte mit lokalen Themen beschäftigen sollte, der hat die politischen Strukturen nicht erfasst und steht schon gar nicht an der Seite der Bürgerinnen und Bürger vor Ort!

Zurück in Burbach gibt es jedoch auch viele Baustellen, die wir angehen müssen, bei manchen davon haben wir den Eindruck, sie werden bewusst „klein“ gehalten.

Die OGS ist so eine Baustelle, die nur weil sich die Zahlen in 2018 einmal kurz entspannt haben, heißt das nicht dass diese auch in den darauffolgenden Jahren so bleiben. Zudem bleibt eines besonders brisant: An gut besuchten Tagen, ein solcher ist der Dienstag, tummeln sich bis zu 80 Kindern in den beengten Räumlichkeiten UND das schlimmste daran: Diese 80 Kinder teilen sich 1 Toilette! Das kann nicht Ihr Ernst sein! Das ist ein Zustand, der nicht länger toleriert werden kann und wir sehen hier dringend Handlungsbedarf. Ein längeres Aufschieben der Situation und ein Hoffen, dass die Zahlen weiter runtergehen, kommt einem Realitätsverlust gleich. Hier muss für 2019 ein Konzept her, welches unser Angebot und die Bedürfnisse von Mitarbeitern und Kindern gleichermaßen sicherstellt. Auch die Akustikdecken für die OGS, welche seit Jahren in der Hochbauliste schlummern müssen endlich vollständig eingebaut werden! Es ist eine



Zumutung für Kinder und Mitarbeiter sich unter so einem schallenden Lärmpegel aufzuhalten! Wir tragen hier eine Verantwortung!

Auch die sozialen Komponenten müssen mehr in den Fokus rücken – wir zählen zu den Kommunen im Kreis Siegen-Wittgenstein mit bester finanzieller Ausstattung und trotzdem soll ein Förderprogramm, welche besonders älteren Menschen in unserer Gemeinde, mit einer Förderung zum Barrierefreien Umbau zu Gute kommt, nicht näher in den Fokus rücken. Menschen, die gerne so lange es geht in ihren eigenen vier vertrauten Wänden leben möchten, wird dieser kleine Obolus verwehrt, nur weil sie nicht im Ortskern wohnen und man nicht möchte, dass das ganze „ausufert“. Wir finden ein Ding der Unmöglichkeit! Wir geben 20.000 Euro für eine hässliche Winkelstützmauer am Gilsbacher Friedhof aus, unserer Meinung nach ohne Sinn und Verstand, kein Konzept das dahinter steht, wie man langfristig gerade diesen besonderen Friedhof gestalten könnte und müsste, nein einfach mal gemacht und alle schauen nun erschrocken gegen die Wand. Was hätten diese 20.000 Euro doch gut für Fördergelder verwendet werden können und währenddessen, hätte man sich in Ruhe über ein Konzept Gedanken machen können. Leider wurde damals unseren Bedenken kein Gewicht verliehen.

Wir investieren viel aber kommen die Investitionen auch immer genau da an wo sie tatsächlich gebraucht werden, wo es wirklich nötig ist? Wir denken nicht immer und daher gilt

es, vieles kritisch zu betrachten und sich nicht in der Freude über „Investitionen in Millionenhöhe“ zu tummeln, die vielleicht nur einem kleinen Teil unserer Bürgerinnen und Bürger zu Gute kommt.

Die im Haushalt aufgeführten investiven Maßnahmen halten wir dennoch für sehr wichtig. Nicht nur der Anbau im Schulzentrum, die Maßnahmen rund um die Feuerwehr, die Geschwindigkeitsmessenanlagen für unsere Dörfer, sondern auch die Kleinigkeiten wie ein Sonnensegel für den Gilsbacher Spielplatz oder die Innenjalousien für den Mehrzweckraum des Schulstandortes Holzhausen.

Wir werden von Seiten der SPD-Fraktion diesem Haushaltsentwurf 2019 und den darin bereit gestellten investiven Mitteln für beschlossene Maßnahmen zustimmen.

Abschließend sei ein herzlicher Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung gerichtet, welche uns dieses Jahr immer konstruktiv zur Seite gestanden haben.

Wir wünschen allen eine gesegnete und friedliche Weihnacht sowie einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2019.